

Bildung ist mehr als Schule

Ohne Chancengerechtigkeit und individuelle Förderung geht es nicht

„Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung ... Die Ausbildung soll die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und die Stärkung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zum Ziel haben ...“ (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 26)

Die Bildung von Kindern und Jugendlichen ist in den gesellschaftlichen und politischen Fokus gerückt. Kinder und Jugendliche wachsen heute mit scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten in einer vielfältigen, pluralen und sich ständig verändernden Welt auf. In dieser Welt gelten formales wie nonformales Wissen und Können als wesentlicher Schlüssel sowohl für die individuellen Entfaltungs- und Teilhabechancen als auch für den Fortbestand der ökonomischen Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft. Internationale Vergleichsstudien wie PISA und IGLU dokumentieren aber, dass dies in Deutschland nicht befriedigend gelingt und Bildungserfolge in erster Linie von der sozialen und ethnischen Herkunft abhängig sind. Auch der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Menschenrecht auf Bildung, Vernor Muñoz, hat die Situation in Deutschland kritisiert.

„Aufstieg durch Bildung“ – die Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung

Im Koalitionsvertrag wurde festgeschrieben, dass jeder Jugendliche und jede Jugendliche in Zukunft qualifiziert, gebildet und ausgebildet wird. Dazu gehören die schulische Bildung als Voraussetzung für die Berufsausbildung, die Berufsausbildung selbst sowie die Perspektive, danach eine Beschäftigung zu bekommen. Um dieses zukunftsweisende Vorhaben zu realisieren und um die verschiedenen Strategien der Bundesministerien aufeinander und mit den Ländern abzustimmen, initiierte die Bundesregierung im Januar 2008 eine nationale Qualifizierungsinitiative mit dem Titel „Aufstieg durch Bildung“. Die Initiative soll die Maßnahmen in Bereichen der Bil-

dung, Ausbildung, dem Übergang sowie Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt bündeln und fördern. Schwerpunkte werden gelegt bei besserer frühkindlicher Bildung und der Umsetzung des Konzepts „Jugend Ausbildung und Arbeit“, das die Chancen besonders förderbedürftiger junger Menschen auf Ausbildungsplätze erhöhen soll.

Sind es wirklich die „Schulversager“, die im System Schule versagen?

Ein Ziel der Qualifizierungsinitiative ist es, dass jeder Bildungsweg zu einem Abschluss führen und die Zahl der SchulabbrecherInnen deutlich reduziert werden soll. Lehrkräfte und Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe sind sich weitgehend einig, dass oftmals schon in der Grundschule zu erkennen ist, welche Kinder Probleme in der weiterführenden Schule haben werden.

Besonders kritisch für das Gelingen des Schulbesuchs und Schulabschlusses ist allerdings die Phase der letzten zwei Jahre des Pflichtschulbesuchs, insbesondere in der Hauptschule. Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass etwa zehn Prozent der Schülerinnen und Schüler über Wochen und teilweise Monate hinweg den Unterricht schwänzen. Obwohl seit dem Jahr 2000 der Anteil der SchulabbrecherInnen zurückgeht, verließen im Schuljahr 2005/2006 insgesamt 75.900 Jungen und Mädchen die Schule ohne Zeugnis – das waren 7,9 Prozent. Dabei sind zwei Aspekte besonders auffällig: Knapp zwei Drittel der jungen Menschen ohne Schulabschluss sind männlich, und besonders häufig brechen Jugendliche mit Migrationshintergrund die Schule ab. 17,5 Prozent der SchülerInnen aus Zuwande-

rerfamilien verließen im Jahr 2005 die Schule ohne Abschluss.

Förder- und Unterstützungsangebote für Schuldistanzierte, die zum Ende der Pflichtschulzeit ansetzen, werden derzeit sowohl von der Bundesregierung als auch von Landesregierungen umgesetzt. Beispielhaft für die schulbezogene Jugendsozialarbeit sei hier das Bundesmodellprogramm des Bundesministeriums für Frauen, Senioren, Familie und Jugend „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ genannt. Seit September 2006 wurden über 2.000 Jugendliche an 73 Projektstandorten durch individuelle Förderung wieder motiviert, regelmäßig zur Schule zu gehen. Noch 2008 soll das Programm auf 200 Projekte aufgestockt werden. Für den Ausbau des Programms sollen zunächst bis 2011 zusätzlich 17 Millionen Euro pro Jahr an Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds eingesetzt werden.

Ein Tropfen auf den heißen Stein

Angesichts der hohen Zahl von Jugendlichen ohne schulischen Abschluss erscheint die Ausweitung des Programms wie ein „Tropfen auf den heißen Stein“. Strukturelle Veränderungen müssen deutschlandweit umgesetzt werden, damit die Zahl der jungen Menschen ohne Schulabschluss reduziert werden kann. Notwendig sind eine gezielte Kompetenzförderung, die auf die persönliche Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen zugeschnitten ist, der Ausbau der Ganztagschulen, die Einführung von Schulsozialarbeitern an jeder Schule sowie eine langfristig angelegte, vernetzte und aufeinander abgestimmte Förderung insbesondere von sozial benachteiligten Kindern und Jugend-



lichen. Aber auch ganz praktische Aktivitäten zur Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit, wie kostenfreie Schulbücher und die kostenlose Schulspeisung, können dabei helfen, Benachteiligten abzubauen.

Prävention statt Reparatur

Bildung ist die beste Prävention gegen Arbeitslosigkeit. Das hat auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) erkannt. Sie will in Zukunft zwei bis drei Milliarden Euro jährlich für präventive Maßnahmen ausgeben. Für die Schulbildung sind seit der Förderalismusreform zwar die Bundesländer alleine verantwortlich – doch Berufsbildung und Arbeitsmarktpolitik fallen in die Zuständigkeit des Bundes. So gibt es in fast allen Bundesländern derzeit Programme, von der Kompetenzfeststellung bis hin zum Auslandspraktikum, die von der BA mitfinanziert

werden. Der Förderrahmen der „Vertieften Berufsorientierung“ (§ 33 SGB III) wurde im Oktober 2007 ausgeweitet. Für deren Umsetzung stellt die BA im Jahr 2008 insgesamt 70 Millionen Euro bereit.

Neu hinzukommen sollen „Berufseinstiegsbegleiter“, für deren Einsatz derzeit die gesetzliche Basis geschaffen wird. Die externen Berufseinstiegsbegleiter sollen SchülerInnen mit Schwierigkeiten in 1.000 Modellschulen bereits zwei Jahre vor dem Abschluss unterstützen und bis in die Ausbildung hinein begleiten. Außerdem wird derzeit ein Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente vorbereitet. Wer künftig seinen Hauptschulabschluss nachholen möchte, soll darauf einen Rechtsanspruch haben und im Rahmen berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen unterstützt werden.

Angesichts offensichtlicher Mängel im

bestehenden Schul- und Bildungssystem ist das Bewusstsein gewachsen, dass der komplexe Bildungsauftrag nicht nur von einer Institution allein erfüllt werden kann. Ein ganzheitliches Bildungsverständnis ist die Grundlage, um eine optimale Entwicklungsförderung junger Menschen zu gewährleisten. Hierzu müssen alle für Bildung und Erziehung verantwortlichen Träger und Institutionen in verbindliche Vernetzungsstrukturen eingebunden und die Familien einbezogen werden. Der Freien Wohlfahrtspflege kommt hierbei eine besondere Rolle zu – sowohl als Interessensvertretung der sozial benachteiligten Menschen, als auch der Kinder- und Jugendhilfe sowie als Anbieter von frühkindlicher und schulischer Bildung.

Kerstin Kruse, Referentin für Jugendsozialarbeit beim Paritätischen Gesamtverband